

Branner-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfspealtene Beilage 20 Pf.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstraße 28. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 52.

Gannover, den 25. Dezember 1895.

5. Jahrgang.

Kollegen! Werbet unablässig Mitglieder für den Verband!

Zum Jahreswechsel.

Noch wenige Tage und wir befinden uns am Ende eines alten und am Beginne eines neuen Jahres. Welche Hoffnungen werden nicht zu Grabe getragen? Und wie viele Menschen finden ihren ganzen Hoffnung auf das kommende Jahr? Wir befinden uns am Schlusse eines Zeitabschnittes, welcher, soweit Arbeiter- und Handwerkerkreise in Betracht kommen, zu den hoffnungslosesten gehörte. Am Ende des Jahres 1894 und zu Anfang des nun bald verfloßenen lebten wir im Zeichen des Umsturzes. In manchem schwarzen Herzen mag es damals schon frohlockt haben, den um seine Menschenrechte kämpfenden Arbeiter in Fesseln zu sehen. Wie mancher Unternehmer wird nicht schon im Geiste, unter der Aera des Umsturzes, an eine Lohnreduzierung gedacht haben? Der geplante Knebel, er ist an sich selbst zu Grunde gegangen. Die finsternen Mächte planen am Schlusse dieses Jahres Nihilismus. Mit Kampf auf allen Gebieten schloß das Vorjahr. Mit der Gewißheit, daß schwere Kämpfe unserer harren, betreten wir das neue Jahr. Was haben wir nicht alles in diesem Jahre erlebt? Diejenigen, welche es für ihre Pflicht hielten, in den vorderen Reihen des kämpfenden Proletariats zu stehen, sie wanderten in Schaaren nach dem Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte mehr als in den vorhergehenden Jahren zu thun. Und je größer jene Verfolgungen, je größer die Erfolge der organisierten Arbeiter. Der Centralverband deutscher Brauer und Berufsgenossen blickt zurück auf ein Jahr der rastlosesten Thätigkeit. Der Schluß des Berliner Bierkrieges am Ende des Jahres 1894, der Kampf in Braunschweig, jene Brandmale in der modernen Kulturentwicklung, jene unauslöschlichen Zeichen der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, mit ihnen glaubte man die Organisation, unsern Verband zu vernichten. Die Kämpfe haben gewaltige Opfer gefordert, persönliche und materielle mußten gebracht werden. Unsere Gegner glaubten uns vernichtet. Wie lange wird es noch dauern und der sozialistische Brauerverband wie man uns mit Vorliebe nennt, besteht nur noch aus Arbeitslosen. Und wie stehen wir am Schlusse dieses Jahres da? Mit Stolz können wir ausrufen: Gewappnet denn sie stehen wir da, der Kampf hat unseren Muth gestählt, neue Schaaren mit frischen Kräften treten in unsere Reihen. Die Zahl der Mitglieder ist fast auf das Doppelte gestiegen. Darum traten in unsere Reihen, weil jene Beweise des guten Einvernehmens in Berlin und Braunschweig ihnen die Binde von den Augen gerissen und sie sehend gemacht haben. Die Kämpfe waren der Opfer werth, welche wir gebracht haben. Die Unternehmer wollten uns den Garaus machen und wollten uns vernichten, der Erfolg ist bekannt.

Es erübrigt sich am Ende des Jahres einen Blick auf die Erfolge, welche der Verband auf wirtschaftlichem Gebiete errungen, zu werfen. Die schweren Kämpfe des Jahres 1894 erforderten auch für uns etwas Ruhe. Aber dies war kein Stillstand, kein Ausruhen, sondern es begann die Organisationsarbeit nach innen und außen. In einer größeren Anzahl Orten traten zu Beginn des Frühjahres die Kollegen in Bewegungen ein, überall Abschaffung der Mißstände fordernd, welche in unserm Gewerbe noch herrschen und alle Kräfte anspannend, eine Verkürzung der Arbeitszeit und höheren Lohn durchzusetzen. Was uns im Vorjahre vielerorts nicht möglich war, ist in diesem Jahre vollzogen worden. In Kassel, Gannover, Düsseldorf, Frankfurt, Hanau, Wiesbaden, Heilbronn, Karlsruhe, Hamburg, Bremen, Hamm, Speier, Freising, Mainz, Stuttgart und noch vielen anderen Orten setzten die Kollegen ihre Forderungen ganz oder theilweise durch. Unablässig ist man bemüht für das Wohl der Kollegen thätig zu sein. Der Verband hat gezeigt, daß er mit allen ihm zum Gebote stehenden Mitteln für Verbesserung der Daseinsbedingungen seiner Mitglieder und seiner Mitmenschen eintritt. Wohl haben nicht alle Wünsche Erfüllung gefunden, wo ist es aber möglich, Alles auf einmal zu schaffen? Unsere Gegner wollen den Schneekengel gehen und sie gehen ihn. Wo sind ihre Erfolge vom Jahre 1895? Erfurt (??) Mühlheim a. Rh., Breslau? werden sie uns zurecht, Magdeburg auch nicht zu vergessen. Die beste Antwort können die Kollegen in den Orten selbst geben. Vor wenigen Tagen

feierten wir das Fest der Liebe und in welcher Weise wird diese zum Menschen von den Vertretern der Kollegialität geübt? Sind nicht gerade ein Theil der Gegner Vorderburschen? Wie behandeln diese oft ihre Nebenkollegen, ihre Untergebenen? Wird nicht dadurch der Haß gefäet, den man uns an die Hockschiffe hängen will? Wer da glaubt, sich zwischen zwei solche Faktoren, als es Arbeit und Kapital sind, für die Dauer hindurch schlängeln zu können, der irrt. Entweder auf die eine oder andere Seite, wird sie der Kampf uns Dasein, mit oder ohne ihren Willen in unsere Arme treiben.

Das sich seinem Ende zuneigende Jahr hat auch von einer großen Anzahl Kollegen persönliche Opfer gefordert. In vielen Fällen sind unsere Gegner nicht unschuldig daran gewesen. Gibt es doch Leute, welche es sich als ein Verdienst anrechnen, die „Rothen“ hinausgebracht zu haben, und damit will man die Kollegialität heben und pflegen? Das unter den Mitgliedern unserer Organisation herrschende Solidaritätsgefühl, das Zusammenhalten in Leiden wie in Freuden ist ein fester knüpfendes Band als das Hervorheben des egoistischen Ich's geworden. Wir wollen nicht unterlassen, auch am Schlusse dieses Jahres die Kollegen und alle unsere Berufsgenossen aufzumuntern, auf diesem Wege, den sie betreten haben, weiter zu wandeln.

Der Kampf ums Dasein ist ein äußerst schwerer. Die ökonomischen Verhältnisse gestalten sich für die Arbeiter immer ungünstiger. Während das gleiche Recht für Alle immer mehr zu einer schönen Phrase zu werden scheint, kommt das Wort von „Steuerzahlen und Mundhalten“ immer mehr zur Geltung. Was bei dem Einen als gut, wird bei dem Andern als schlecht bezeichnet. Ueberall erwarten uns Pflichten, während die wenigen Rechte immer mehr verkürzt werden. Der Weg, den wir zu wandeln haben, ist rauh und hart und noch hart unserer eine große Arbeit. Es werden noch viele Opfer gebracht werden müssen, ist doch das ganze Leben für uns eine ununterbrochene Kette von Opfern. Opfer haben alle Arbeiter, organisierte wie unorganisierte, zu bringen, nur mit dem Unterschiede, daß die ersten wissen, wofür sie diese Opfer bringen. Die Andern leben dahin, murren auch wohl einmal und machen eine Faust in der Tasche, aber sonst wissen sie nicht, warum sie trotz ihres Fleißes, ihrer Entbehrung immer Opfer um Opfer bringen müssen. Daß diese Letzteren aufgerüttelt, daß ihnen klar gemacht wird, warum sie so elend daran sind und ihnen der Weg zur Erlösung aus diesem Jammerthal gewiesen wird, das ist die Aufgabe der Organisation und dazu ist beständige Aufklärung erforderlich.

Wohl haben wir noch eine schwere Aufgabe, wohl wird der Kampf noch größere Opfer von uns fordern, doch bringen wir sie gern, wissen wir doch, daß sie nicht umsonst gebracht sind. Auf der beschrittenen Bahn wollen wir weiter wandeln, Ruhe und Besonnenheit ist mehr denn sonst notwendig. Schritt für Schritt vorwärts marschiren ohne zurückzukehren, soll unsere Parole lauten. Jedes Mitglied muß sich am Jahreswechsel die Pflicht auferlegen, für die Organisation zu arbeiten, thätig zu sein, wo sich ihm auch nur Gelegenheit dazu bietet. Die Säumigen aufrütteln, die Erschlaffenden stärken, das wollen wir uns geloben.

Mit den Waffen des Geistes und mit dem Bewußtsein, daß unser Kampf der Verteidigung von Menschenrechten gilt, sehen wir allen Kämpfen und Hindernissen, welche die Zukunft uns bringt, getrost entgegen, haben wir doch das Bewußtsein, daß wir mit Hilfe unserer Organisation siegreich aus demselben hervorgehen werden. Die Organisation, der wir so vieles verdanken, weiter auszubauen und zu befestigen, das sei auch fernerhin die Parole aller Kollegen, und in diesem Sinne rufen wir Allen ein „Profit Neujahr“ zu!

„Zug fern zu halten!“

Die erste Verurtheilung durch eine Berliner Strafkammer wegen des allernueuesten Preßvergehens ist kürzlich erfolgt. Und zwar war es der durch das merkwürdige dolus eventualis-Urtheil im Prozeß Bading-Schulze berühmt gewordene Landgerichtsrath Dr. Leonhardt, der im Einverständnis mit seinen Kollegen die Jahrzehnte hindurch unbeanstandet gebliebene übliche Warnung der organisierten Arbeiter für strafwürdig erklärt hat. Die Angelegenheit betraf den Fall Babel.

Der Löffel Richard Babel hatte, wie wir seinerzeit gemeldet haben, als verantwortlicher Redakteur der Fachzeitung „Der Löffel“, des Organs des Allgemeinen Vereins der Löffel Deutschlands, im September d. J. ein Strafmandat über 100 Mk. wegen groben Unfugs erhalten. Dieser Strafbefehl war der erste, welchen die hiesige königl. Staatsanwaltschaft am Ende der letzten Gerichtsferien erließ. Sie sah plötzlich eine Bekanntmachung an der Spitze des genannten Fachblattes als eine Verurtheilung des Publikums an. Der Wortlaut war; „Zug ist fern zu halten“ und schloß, nachdem mehrere Städte aufgeführt waren, für die jene Aufforderung Geltung hatte, mit den Worten: „Mitglieder des Verbandes, welche jetzt in diesen Orten Arbeit nehmen, werden ausgeschlossen.“

Die 141. Abtheilung des Amtsgericht I unter Vorsitz des Amtsrathes Roeder, verurtheilte aber Babel zu einer Haftstrafe von 14 Tagen, indem in der Bekanntmachung eine Straftat, die geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu stören, angenommen wurde. Die öffentliche Bedrohung mit besonderen Nachtheilen sei geeignet, auch die Interessenten anderer Branchen zu beunruhigen, da bekanntlich die Redaktionskasse oder die sozialdemokratische Parteikasse derartige Strafgebühren bezahle.

Die hiergegen eingelegte Berufung gelangte vor der achten Strafkammer Landgericht I zur Verhandlung. Der Angeklagte erklärte, daß der am 11. August d. J. ergangene Aufruf nur für die eigenen Mitglieder bestimmt gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Werthauer bestritt die Strafbarkeit, indem er die Frage des durch die Presse verübten Boykotts in längeren Ausführungen erörterte. Er beantragte Freisprechung, eventuell aber sei die erkannte Strafe herabzumindern, da derartige Zeitungsveröffentlichungen aller Parteien und Stände bisher in Berlin unbehelligt veröffentlicht seien und dies dem Angeklagten auf alle Fälle angerechnet werden müsse.

Staatsanwalt Kessler beantragte die Verwerfung der Berufung.

Im Anschluß an die stehende Rechtsprechung der Gerichte, sowie des Reichsgerichts, so verurtheilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Leonhardt, sei es sehr möglich, daß auch durch die Presse grober Unfug begangen werden kann. Nimmt man das an, so ist auch die „Verurtheilung“ grober Unfug, da beide Theile, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer dadurch belästigt werden können. Bei einer solchen Aufforderung sei es gleichgültig, ob sie in öffentlicher Versammlung oder durch die Presse geschehe, letzteres sei vielleicht noch schlimmer. Die Anzahl der Personen, welche diese Verurtheilung interessiert, ist ziemlich groß, sie mußten sich alle betroffen und in ihren Interessen verletzt fühlen. Die Thatbestandsmerkmale des groben Unfugs seien alle da. Bei der Strafabmessung war es schärfend, daß die Folgen sehr verhängnißvoll werden könnten, aber zu Gunsten des Angeklagten nahm der Gerichtshof die bisherige Unbescholtenheit desselben an. Auch der Umstand, daß die Veröffentlichung bisher in Berlin nicht verfolgt wurde, während es im Königreich Sachsen in den letzten Jahren schon längst der Fall sei, wurde zu gute gerechnet. Das Urtheil erster Instanz wurde deshalb aufgehoben und auf eine Geldstrafe von 100 Mark oder 10 Tagen Haft erkannt. Der Verurtheilte erklärte natürlich, nun auch die Entscheidung des Kammergerichts einzuholen.

Die Thätigkeit der Agitations-Kommission der Braner Süd-Bayerns in München.

Wie in allen Städten und Ortschaften, so suchten auch in München im vorigen Jahre die Brauer günstigere Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Organisation wurde gegründet und erstarkte immer mehr, sodas gegenwärtig in München die Brauer die bestbesuchten gewerkschaftlichen Versammlungen abhalten. Die Zustände in den Brauereien sind denn auch dementsprechend bessere geworden. Um jedem Kollegen Gelegenheit zu geben, Beschwerden an die richtige Stelle zu bringen, wurde in einer öffentlichen Versammlung eine Agitationskommission gewählt. Diese Kommission fand bereits kurz nach ihrer Konstituierung ein umfangreiches Arbeitspensum vor. In jeder Sitzung wurden Beschwerden vorgebracht, häufig sogar mehrere.

Den Anfang machte natürlich die bekannte Löwenbrauerei, in welcher zwei Kollegen gemahngelt worden

